

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869**

13.7.1869 (No. 162)



# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 13. Juli.

Nr. 162.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.  
Eintückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

## Telegramme.

Wien, 11. Juli. Den heute zusammengetretenen Delegationen ist sofort das Budget für die gemeinsamen Angelegenheiten vorgelegt worden. Die Begleitendenschrift des Ministeriums des Auswärtigen motivirt eine Herabsetzung der geheimen Fonds von 550,000 auf 500,000 fl. ausdrücklich durch die gegenwärtige Lage der Verhältnisse, welche eine Fortdauer der friedlichen Zustände hoffen lassen.

Belgrad, 12. Juli. Gestern wurde das Ansleben der neuen Verfassung unter Kanonendonner verkündet. Das ganze Land ist freudig bewegt.

Paris, 12. Juli. Rouher wird heute dem Gesetzgeb. Körper die vorbezeichneten Reformen ankündigen: Vereinbarkeit der Abgeordneten-Eigenschaft mit dem Posten eines Ministers, Ausdehnung des Interpellationsrechts, Erweiterung der Kontrolle über Budget und Handelsverträge; — Alles durch Senatskonsult, nicht durch Volksabstimmung einzuführen. Dies stelle eine wahre Ministerverantwortlichkeit vor. Keine Ministerveränderung. Der Senat wird nächstens einberufen werden.

## Deutschland.

Bonn, 9. Juli. (A. Stg.) Erfreulicherweise findet die Koblenzer Adresse immer mehr Nachahmung: so ist gestern von hier aus (wie schon erwähnt) eine solche an den Erzbischof abgegangen, welche, nach Tendenz und Wortlaut jener ganz ähnlich, sich ebenfalls sehr freimüthig über das Konzil äußert. Zwar beträgt die Zahl der Unterzeichner nur 35, aber das Gewicht einzelner unter denselben befindlichen Namen bedeutet mehr als einige hundert beliebig unterschriebene, die natürlich leicht zu haben gewesen wären.

Gotha, 8. Juli. Die „Weim. Stg.“ berichtet: Für das Herzogthum Coburg-Gotha wird im Staatsministerium eine Kirchenordnung verfaßt, welche eine größere Theilnahme der Gemeinden an den kirchlichen Angelegenheiten vermitteln soll.

Dresden, 11. Juli. Die Prinzessin Georg, Infantin von Portugal, ist heute Nacht von einem Prinzen entbunden worden.

Berlin, 10. Juli. Von officiöser Seite werden fortwährend die widersprechendsten Nachrichten über den Grad der weiteren Theilnahme des Grafen Bismarck an den Staatsgeschäften in Umlauf gesetzt. Wir haben bereits die Version mitgetheilt, wonach diese Theilnahme fortwährend wie früher bei allen wichtigeren Fragen stattfinden würde. Graf Bismarck selbst aber scheint seinen Urlaub strikter aufzufassen, denn die „Nord. Allg. Stg.“ meldet heute gerade das Gegentheil in folgender Notiz:

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß der sehr positive und bringende Grund für die längere Beurteilung des Grafen Bismarck in der That die Sorge für seine Gesundheit ist. Es wird nun dieser Grund immer wieder verdunkelt, indem man behauptet, daß der Gesundheit wegen nicht die ausdrückliche und feierliche Entbindung von den Geschäften, sondern nur ein gewöhnlicher Urlaub nöthig gewesen wäre. Dies beruht aber auf einer Verkennung der Verhältnisse. Um dem Grafen Bismarck volle Ruhe zu gewähren, war es nöthig, ihm jede Sorge und Verantwortung für die nächsten Entscheidungen der Regierung abzunehmen. So lange dies nicht geschah, hielt er selbst und hielten alle seine Kollegen sich verpflichtet, bei allen wichtigen Schritten seine Meinung einzuholen. Das hatte z. B. im vorigen Jahre zur Folge, daß über die Frage der Deduktion des Defizits nicht die lebhafteste Korrespondenz nach Vargin, sondern mehrere besondere Sendungen dahin stattgefunden haben. Es liegt auf der Hand, daß jetzt, wo es gilt, bis zum Oktober die erheblichsten Entscheidungen nicht bloß in den Finanzangelegenheiten, sondern auch auf anderem Gebiet vorzubereiten, von einer Erholung für den Grafen Bismarck nicht die Rede sein könnte, wenn er bei allen diesen Fragen zur Mitentscheidung herangezogen werden sollte. Dies ist der wirkliche und bestimmte Grund für die ausdrückliche Entbindung des Grafen Bismarck von den Geschäften als Ministerpräsident. Derselbe mußte ausgesprochen werden, um ihn wirklich auch nur temporäre zu liberieren.

Die Jahresversammlung des deutschen Protestantenvereins, der vierte deutsche Protestantentag, soll am 6. und 7. Okt. d. J. hier in Berlin stattfinden.

Ein Schreiben in der „Prom. Stg.“ klagt bitter darüber, daß die russische Regierung kurzer Hand — trotz Allerhöchster Privilegien — die von den Deutschen in Polen mit den größten Opfern errichteten deutschen Schulanstalten zu Warschau und Lodz in russische umgewandelt hat.

## Oesterreichische Monarchie.

Wien, 10. Juli. Wie der „Pesther Lloyd“ berichtet, ist in den letzten Tagen des Juni eine Depesche des Grafen Beust an den Grafen Trauttmansdorff nach Rom expedirt worden, welche, ohne direkt das Konzil zu berühren, doch ein ziemlich deutliches Aviso an die römische Kurie und ihre mit dem Konzil begebenen Absichten enthält. Diese neueste Beust'sche Depesche, die auch in's Rothbuch aufgenommen wurde, ist ein sehr umfangreiches Aktenstück, in

welchem der Reichskanzler anlässlich des jüngst hier vorgefallenen, offen feindseligen Auftretens des Episkopates, speziell im Hinblick auf die Haltung des Bischofs Rudiger von Linz und die jüngste päpstliche Allokution, mit allem Nachdruck des Tones und in eingehendster Argumentation die Stellung des Staates zur Kirche präzisirt und Rom ein staatliches Non possumus energisch zuruft. Man dürfte in Rom von dieser Manifestation des Reichskanzlers, von welcher Graf Trauttmansdorff dem Kardinal-Staatssekretär eine Abschrift zu geben ermächtigt war, nicht sonderlich erbaud gewesen sein.

Wien, 10. Juli. Die Blätter sprechen von einer neuesten nach Rom gegangenen sehr energischen Depesche des diesseitigen Kabinetts, und die Thatfache ist, wie ich höre, richtig. Parallel mit dieser Depesche übrigens, und deshalb sicher nicht weniger bedeutsam, soll ein Schreiben des Kardinals Rauscher laufen, in welchem er dem heil. Vater die Stimmung sowohl der Regierenden als der Regierten mit großem Freimuth und — wie hinzugesetzt werden darf — mit österreichisch-patriotischer Wärme darlegt und an diese Darlegung den inständigen Wunsch knüpft, die Weisheit des Oberhauptes der Christenheit möge, im Interesse der Kirche nicht minder als des Staates, den Weg zur Verständigung und Verbesserung finden.

Bregenz, 9. Juli. Laut amtlicher Kundmachung tritt am 15. d. M. der Landes-Schulrath für Vorarlberg ins Leben; mit diesem Tage gehen somit die Geschäfte des Generalvicariates, beziehungsweise des geistlichen Schulen-Oberaufsehers in Schulachen, insoweit sie nicht den Religionsunterricht und die Religionsübungen im Sinne des §. 2 des Gesetzes vom 25. Mai 1868 betreffen, an den Landes-Schulrath über, dessen Wirksamkeit also an jenem Tage beginnt. Damit wäre nun das Gesetz über die Schulaufsicht wirklich ins Leben getreten, und das ultramontane „Volksblatt“ ist wieder um eine Täuschung reicher, wofür es sich übrigens dadurch rächt, daß es der Ernennung des Landes-Schulrathes und des Landes-Schulinspectors mit keiner Silbe Erwähnung gethan hat.

Lemberg, 10. Juli. Heute um drei Uhr Nachmittags hat die feierliche Eröffnung der Lemberg-Brodener Bahn stattgefunden.

## Rumänien.

Zwischen der Türkei und der rumänischen Regierung schwebt gegenwärtig ein kleiner Konflikt. Fürst Karl I. war vom Sultan ermächtigt worden, eigene Münzen zu schlagen, doch sollten dieselben ein Zeichen der Suzeränität des Padischah an sich tragen. Das Ministerium in Bukarest respektirte aber diese Bedingung nicht, sondern ließ vielmehr den Münzen das Bildniß des Fürsten ausprägen. Die Türkei besteht aber auf ihrer Forderung.

## Schweiz.

Zug, 12. Juli. (Sch. M.) Gestern Eröffnung des eidgenössischen Schützenfestes. Prachtvolles Wetter, ungeheure Theilnahme, am Mittagessen 3000 Personen. Gruß vom deutschen Schützenbund begeistert aufgenommen und mit Lebedoch auf denselben erwidert; ebenso Gruß von Konrad Heymann aus Bremen. Der Schütze Staub aus Wädenswil schloß in Uniform mit Habersack den ersten Becher mit einem Betti-Gewehr. Viele Fremde.

## Italien.

Florenz, 7. Juli. (Köln. Stg.) Die Enquete-Kommission hat jetzt ihre öffentlichen Sitzungen beendet. Es erhellt daraus, daß keine eigentliche Bestätigung vorlag, daß kein Kauf von Stimmen stattgefunden. Cavinini wird von der öffentlichen Meinung freigesprochen, Brenna und Gambri bleiben allerdings unter dem Gewichte jenes Briefes, der ihre Gewinnucht in ein unerfreuliches Licht stellt. Im Ganzen also viel Geschrei und wenig Wolle. Es wäre gewisser von der Kammer, sich überhaupt einer ehrenfesten Haltung zu befleißigen, statt dergleichen vereinzelten Anlässen von Moralität sich hinzugeben; geht diese Feinsinnigkeit doch bei Hrn. Ferrara so weit, daß er begehrt, es soll allen Abgeordneten der Ankauf und Verkauf von öffentlichen Wertpapieren verboten werden. In der letzten Sitzung stellte Cavinini die Behauptung auf, sein Gegner Crispi sei von Rattazzi angefaßt worden. Ich glaube nicht daran. — Wenn die Untersuchungskommission ihren Bericht beendet hat, wird man die Kammer wieder einberufen; doch soll sie nur über ein Paar Gesetze von untergeordneter Bedeutung beraten, worauf wahrnehmlich der Schluß der Session erfolgt. Die Finanzverträge, glaubt man, werden für die nächste Session aufgeschoben, und diese soll durch eine den Umständen angepasste königliche Rede eingeleitet werden. — Das Kabinet Renabrea hat die Idee einer Kollektivnote betreffs des Konzils noch nicht aufgegeben. Es ist des Bestandes verschiedener deutscher Regierungen, sowie der ungarischen Sympathien gewiß.

Mailand, 9. Juli. Das Zuchtpolizeigericht hat 26 der Betheiligung an den Unruhen vom 16., 17. und 18. Juni Angeeschuldigte freigesprochen.

## Frankreich.

Paris, 10. Juli. (Köln. Stg.) Die Veröffentlichung der Kaiserlichen Erklärung wird nächsten Montag erfolgen und Rouher bis auf Weiteres die Leitung des Kabinetts behalten. Es soll vorläufig bloß eine theilweise Umgestaltung des Ministeriums vorgenommen werden. Ein Senatsbeschluss wird über diejenigen Reformen erlassen, welche nicht ohne Weiteres bewerkstelligt werden können. Die individuelle Verantwortlichkeit der Minister soll dem Kaiser erspart, für jetzt einen Volksbeschluss hervorgerufen. Dagegen soll die Verweigerung der Verantwortlichkeit des Kabinetts als Gesamtheit dadurch wieder gut gemacht werden, daß das Ministerium als ein sollicitarisches hergestellt wird durch Ernennung eines Präsidenten und eines Vizepräsidenten. Da Rouher im Kabinet verbleibt, war ein näheres Eingehen auf die Wünsche der Kammer nicht zu erwarten, um so weniger, als es dem Staatsminister gelungen zu sein scheint, eine gewisse Anzahl der Unterzeichner der Interpellation der Mittelpartei für seine Pläne zu gewinnen. Was also jetzt geschieht, kann nur als ein Anfang betrachtet werden. Wie groß die erfolgte Veränderung ist, mag man unter Anderem auch daraus entnehmen, daß der Präsident Schneider gestern dem Staatsminister Rouher, als dieser Pelletan antwortete wollte, nicht das Wort ertheilte, sondern selber den Abgeordneten von Paris zurecht setzte. Hr. Rouher war über diesen Akt des Kammerpräsidenten so außer sich, daß er den Sitzungssaal verließ. Das wäre in früheren Zeiten eine Unmöglichkeit gewesen. Diejenigen, welche die gegenwärtigen Verhältnisse nach dem früheren Maßstabe bemessen, gehen ganz fehl. Selbst die Zugeständnisse, die der Kaiser zu machen sich entschließt, werden, wie gesagt, nicht ausreichen, und das Land wird sich nicht eher beruhigen, als bis das persönliche Regiment zu Grabe getragen ist. Uebrigens werden schon jetzt Anstrengungen gemacht, Rouher zu beseitigen, und einige von dem Ministerium bestimmte Mitglieder sollen erklärt haben, sie wollten nicht mit Rouher in einem Ministerium sitzen. Doch der Kaiser ist entschlossen, den Staatsminister zu halten. Lange wird dieser in keinem Falle mehr Mitglied des Kabinetts bleiben. Die Linke ihrerseits verhält sich ganz unthätig und hat in ihrer gestrigen Abendversammlung neuerdings beschlossen, sie wolle sich in den Handel zwischen Regierung und Mittelpartei nicht mischen. Sie wird mit ihren Forderungen und Bestrebungen erst auftreten, nachdem die gegenwärtige Krisis ihre Erledigung gefunden. — Die Wahl des Hrn. Jaak Pereira wird sofort für ungültig erklärt werden, ohne daß auch nur über dieselbe diskutiert würde.

Ueber die Unterredung, welche der Kaiser vorgerufen in St. Cloud mit den Deputirten hatte, meldet der „Moniteur“ wie folgt: „Die Unterredung mit Hrn. Buffet fand vor fünfzig Personen statt. Sie wolle mich in die Enge treiben“, soll der Kaiser zu dem genannten Abgeordneten gesagt haben. Derselbe erwiderte, daß dies keineswegs ihre Absicht sei. Sie seien einfach der Dolmetscher der Bevölkerungen dem Staatsoberhaupt gegenüber. „Man muß“, so entgegnete der Kaiser, „die Wünsche der Bevölkerungen nicht nach den Aspirationen der höheren und unterrichteten Klassen beurtheilen. Diese wollen die Freiheit; die Anderen wünschen nur soziale Verbesserungen.“ Und als Buffet dieser Ansicht widersprach, sagte der Kaiser: „Ich bin gewiß, daß wenn ich vom Lande auch ein Plebiszit verlange, zwischen meiner Verantwortlichkeit und der Gewalt, welche es mir gegeben, und der ministeriellen Verantwortlichkeit mit den Konsequenzen, welche sie nach sich zieht, zu wählen, sich mehr als sechs Millionen Stimmen zu Gunsten des ersten Vorschlags aussprechen werden. Aber ich hoffe, daß zwischen der Kammer und mir die Verständigung leicht sein, und daß nichts die guten Beziehungen ändern wird, welche ich mit dieser Versammlung aufrecht zu erhalten die Absicht habe.“ Nach der Unterredung mit Buffet unterhielt sich der Kaiser mit Element Duvernois. Es handelte sich um die Kombination, welche die Interpellationen unzulässig machen soll. Hr. Duvernois rieth dem Kaiser an, den Interpellationen zuvorzukommen, indem er selbst die Initiative ergreife und der Kammer gewähre, was sie wünsche, ohne daß sie es vorher verlange. Element Duvernois wies mit Energie auf die Dringlichkeit einer Verständigung hin, indem er zugleich die Ansicht aussprach, daß die Kammer keineswegs einen Beschluss beabsichtige oder die Interpellationen gestellt habe, um den Souverän zu den verlangten Konzessionen zu zwingen. Letzteres ist aber nun doch nicht der Fall. Die Hauptführer des linken Zentrums haben nämlich keineswegs die Absicht, sich mit schönen Worten und halben Maßregeln abspülen zu lassen. Die Mitglieder dieses Theils der Kammer sowie ein Theil der Mitglieder der Majorität haben nämlich während ihres längeren Aufenthalts in der Provinz erkannt, daß die Wünsche der Bevölkerungen zum großen Theile weiter gehen, als es viele der Abgeordneten selbst wollen, und sie haben deshalb eine vollständige Modifikation des jetzigen Regimes als das einzige Mittel, um einer Katastrophe zuvorzukommen, in Vorschlag gebracht.

Paris, 11. Juli. In der gestrigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers wurde die Wahlprüfung fortgesetzt. Drei mehrfach angefochtene Wahlen wurden schließlich bestätigt.



Sodann zieht der Präsident Hr. Schneider die Versammlung zu Rathe über die Tagesordnung für Montag, und über die definitive Konstituierung der Kammern. Es wird beschlossen, daß auch diejenigen Abgeordneten berechtigt sein sollen, an den Abstimmungen Theil zu nehmen, deren Wahl noch nicht geprüft ist. Der Staatsminister Hr. Rouher befragt ausdrücklich diesen Beschluß.

### Spanien.

\* Madrid, 10. Juli. Cortes. Auf eine Interpellation des Hrn. Ochoa bezüglich eines Briefes des Grafen Geste antwortend, erklärt Hr. Sagasta bestimmt zu wissen, daß der Graf Geste ungeachtet seiner Ablängung um die Unterstützung des Kaisers der Franzosen zu Gunsten einer isabellistischen Restauration nachgesucht habe.

\* Madrid, 10. Juli. Cortes. Die Ministerkrisis wird wahrscheinlich nächsten Montag zu Ende gehen. Die Republikaner bleiben aus dem Ministerium ausgeschlossen. Es ist stark die Rede von einer Vertagung der Cortes sogleich nach der Ernennung des neuen Ministeriums, ohne daß man vorher das Ausgabenbudget oder die anderen Gesetze diskutiere.

Madrid, 10. Juli. Wie man versichert, werden Ordóñez das Finanzministerium, Zorilla das Justizdepartement, Chegaray das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Becera das Kolonialamt übernehmen. Die übrigen Minister verbleiben im Amte.

### Belgien.

\* Brüssel, 10. Juli. Das französisch-belgische Eisenbahn-Protokoll ist laut telegraphischer Meldung heute in Paris unterzeichnet worden.

### Niederlande.

Aus dem Haag, 8. Juli. (Münch. Kor.) Nachdem nunmehr durch Beschluß der Zweiten Kammer der Generalstaaten, die Richtung für die Eisenbahn von Rotterdam nach Moerdijk nach den diesfallsigen Vorschlägen der Regierung festgesetzt ist, wird man die möglichst baldige Herstellung dieser wichtigen Linie, welche die Niederlande mit der großen europäischen Südlinie in Verbindung bringen wird, zu gewärtigen haben. Nach den Vorschlägen der Regierung wird die Bahn durch die Stadt Rotterdam, über die Maas, von da über Dordrecht, den Noord nach Moerdijk geführt, wo eine etwa zwanzig Kilometer lange Brücke gebaut werden wird. Es wird diese Brücke eines der großartigsten Baukunstwerke Europa's werden, ebenso der von der Zweiten Kammer der Generalstaaten jetzt gleichfalls genehmigte Bau einer Zentralstation im Y bei Amsterdam, welche einen Verbindungspunkt für die rheinische und die holländischen Bahnen, sowie für den projektierten Zaandamer Schienenweg bilden wird. Die Kosten dieser beiden riesigen Unternehmungen werden jedenfalls enorm sein. Die seit neun Jahren von den Niederlanden für Eisenbahnzwecke verausgabten Summen (etwa 120 Millionen Gulden) wurden aus dem Kolonialbudget geschöpft. Diese Quelle ist aber nicht mehr ausgiebig genug, und man wird sich nun an den öffentlichen Kredit wenden müssen, um die zur Vollendung des niederländischen Eisenbahnnetzes erforderlichen Geldmittel zu beschaffen. Der Finanzminister Hr. van Bosse projektirt zu diesem Behufe ein Anlehen von ungefähr 42 Millionen Gulden; die Emission der Schuldtitel soll serienweise, je nach dem Geldbedürfnisse, bewerkstelligt werden. Hr. van Bosse glaubt annehmen zu können, daß die Zinsen sich aus den ordentlichen Mitteln werden decken lassen.

### Dänemark.

Kopenhagen, 9. Juli. Der König ist heute pr. Dampfer „Slesvig“ nach Lübeck gereist, um die Königin abzuholen.

### Rußland und Polen.

St. Petersburg, 1. Juli. (Allg. Ztg.) Im Gegensatz zu der früheren Apathie und Gleichgültigkeit zeigt sich jetzt ein reges Leben auf dem Gebiete der materiellen Interessen. Eine Eisenbahn nach der andern wird vollendet, und immer wieder werden neue in Angriff genommen. Der Bau der 293 Werst langen Kowno-Wilbauer Bahn ist für die Summe von 12,789,000 Rubeln dem Mindestfordernden der zehn Konkurrenten (43,500 Rubel für die Werst) überlassen. Kaum wird dadurch dem Handel von Zentral-Rußland ein bequemer Abzugskanal geboten, als schon ein neues wichtiges Projekt in den Vordergrund tritt. Es handelt sich darum, das Schwarze Meer mit dem Baltischen, Odeffa mit Danzig durch Eisenbahnen zu verbinden. Der Bau der Eisenbahn von Kirschenow nach Jassy soll nächstens in Angriff genommen werden. Den beßhalb von unserm Reichskanzler bei der rumänischen Regierung gemachten Schritten ist diese aufs bereitwilligste entgegengekommen. — Auch eine internationale Handelsbank ist hier ins Leben getreten, wenigstens sind die Statuten derselben bereits vom Kaiser bestätigt. — Von Seiten der kaiserl. geographischen Gesellschaft geht eine Expedition nach den Nordpolen aus, um die Küsten des Weissen Meeres, um dieselben genauer zu durchforschen. Zugleich hat diese Gesellschaft den Archimandriten in Peking beauftragt, sich der Amur-Expedition, die bekanntlich die Kolonisation des Amurlandes zur Aufgabe hat, anzuschließen zum Zweck ethnologischer Studien. — Schirrens „Schwedische Antwort“ auf Samarin's Buch ist noch immer der Gegenstand eifriger Besprechung für unsere Presse. In Bezug auf die Zensur hatten beide Bücher dasselbe Schicksal: sie wurden zuerst erlaubt, und dann verboten.

### Schweden und Norwegen.

Stockholm, 29. Juni. (Allg. Z.) Binnen kurzem soll zu Hölledd in Dänemark ein skandinavischer Sprachentag abgehalten werden, für welchen die betreffenden Ausschüsse von Kopenhagen, Lund, Upsala, Christiania und Stockholm ihre Theilnahme zugesagt haben. Dagegen scheint sich der Ultra-Skandinavismus unter den Studenten abgekühlt zu haben, wie dies wenigstens aus den Verhandlungen skandina-

vischer Studenten bei ihrer kürzlichen Zusammenkunft in Christiania hervorgeht. — Die vermittelte Königin von Schweden will gegen Anfang nächsten Monats zu ihrer Wiederherstellung auf den Rath ihrer Aerzte das Bad Kreuth in Bayern gebrauchen. — In öffentlichen Versammlungen wird jetzt allerwärts die Anlegung neuer Eisenbahnen besprochen, und die Projekte mehren sich täglich.

### Levantepost.

Athen, 3. Juli. Einem Gerüchte zufolge wäre Ministerkrisis bevorstehend.

Konstantinopel, 3. Juli. Wie verlautet, stehen umfassende Veränderungen in der auswärtigen Vertretung zu erwarten. Der Generalgouverneur von Syrien, Raschid Pascha, soll den Botschafterposten in Paris, Halit Bey denjenigen in Wien erhalten; auch für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten wird Raschid Pascha genannt, und würde in diesem Falle Halit-Bey nach Paris gehen. Munif Effendi, der erste Ueberseher des Divans, oder Konemenos-Bey, der gegenwärtige Geschäftsträger in St. Petersburg, soll für die Gesandtschaft in Athen, Photiades-Bey für die Gesandtschaft in St. Petersburg designirt sein.

### Großbritannien.

London, 9. Juli. Parlamentsverhandlungen vom 8. Juli.

Die Parlamentsverhandlungen waren gestern Abend in beiden Häusern von Interesse. Die Bill, welche die Ernennung lebenslänglicher Peers einzuführen bezweckt, gelangte im Oberhause zur dritten Debatte. Lord Malmesbury beantragte die Verwerfung der Bill. Wenn man glaube, durch Ernennung lebenslänglicher Peers mehr Kapazitäten ins Haus zu bekommen, so beweise die gegenwärtige Zusammensetzung desselben das Irrige dieser Ansicht. Auch werde das Haus nicht mehr Ansehen erlangen. Leuten von der Befähigung Bright's würde mit einer solchen Reform doch nicht gebient sein. Lord Lyvedon ist im Allgemeinen auch gegen die Bill, will jedoch der Regierung wenigstens gestatten, verdiente Militärs auf Lebenszeit ins Oberhaus zu berufen. Lord Stanhope erkennt die Vortheile der Bill an, möchte jedoch der Regierung nicht das Recht geben, eine unlimitirte Zahl Peers zu ernennen. Lord Grandville vertheidigt den Entwurf und nimmt Bright in Schutz, den man im Oberhause in der letzten Zeit als eine Art von Prügeln zu behandeln versucht. Lord Cairns möchte es vermeiden haben, daß das Unterhaus eine Gelegenheit erhalte, die Zusammensetzung des Oberhauses bei dieser Gelegenheit zu kritisieren. Gegen eine Reform sei er indes nicht; die Session sei jedoch zu weit vorgerückt. Man möge die Sache daher diesmal vertagen. Bei der Abstimmung wurde die Bill mit 106 gegen 77 Stimmen verworfen. — Die Bankerottbill wurde sodann zum zweiten Male gelesen, ebenso die Schuldbill.

Im Unterhause antwortete Dwyer auf eine Interpellation Bagley's, die spanische Regierung habe einen Handelsvertrag offerirt. Sie wolle die Zölle auf englische Waaren herabsetzen, wenn England den Zoll auf spanische Weine vermindere. Die Regierung habe die Sache in Erwägung gezogen. Auf eine Anfrage H. Bulwers bat Gladstone das Haus in eine Diskussion über die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten nicht einzutreten. Er hob hervor, daß man sich auch in Washington jeder Diskussion enthalten habe. Die Vereinigten Staatenregierung habe den Gedanken an eine Verständigung nicht aufgegeben. Hr. Bulwer fügte sich nur ungern dem Wunsch des Premier's. Er hielt eine Diskussion für am Platze und glaubt, man werde es bereuen, wenn die Session ohne eine Behandlung der Frage verlaufe. Die ganze Verantwortlichkeit falle übrigens auf das Ministerium. Die Universitäts-Bill wurde zum dritten Mal gelesen.

\* London, 10. Juli. Sitzung des Oberhauses vom 9. Juli.

Die Beratung der irischen Kirchenbill in der amendirten Fassung im Ganzen lief nur auf eine Wiederholung dessen hinaus, was bereits in der Komiteeberathung im Einzelnen auf's allergründlichste erörtert worden war. Nochmals wurde über das Datum verhandelt, wann die irische Kirche ihren staatskirchlichen Charakter verlieren soll und obgleich anfänglich von der Opposition Januar 1872 beibehalten worden — die Bill bestimmte 1871 — so entschied man sich doch nachträglich wieder zurückzugehen und Mai 1871 als den Termin anzusetzen, wann diese Bestimmung in Kraft treten soll. Unter mehreren später zurückgezogenen Anträgen erwähnen wir einen vom Earl of Colchester eingebrachten, nach welchem die Bischöfe der jetzigen Staatskirche nach Abschaffung derselben von der bekannten Parlamentsakte über die kirchlichen Titel ausgenommen sein sollten. Die genannte Akte richtet ihren Stachel gegenwärtig gegen die katholischen Bischöfe, und der Erzbischof Manning könnte, wenn die Regierung es für gut fände, wegen Führung des Titels „Erzbischof von Westminster“ gerichtlich belangt und bestraft werden. Ein gleiches Loos könnte unter den veränderten Verhältnissen den anglikanischen Bischöfen Irlands blühen. Da übrigens schon ohnedies den Katholiken gegenüber von den Bestimmungen der Akte abgesehen wird, so war selbst Lord Cairns, der Führer der Opposition, der Ansicht, es sei später noch Zeit genug, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Lord Redebale rückte hierauf mit dem Vorschlage heraus, von Seiten der neuen irischen Kirche wie von Seiten der Katholiken einen Erzbischof und zwei Bischöfe in das Oberhaus zu berufen unter der Bedingung, daß diese beiden Gemeindefürsorge die Ernennung der Bischöfe insofern der Krone anheimgeben sollten, daß diese von je dreien durch die Kirche in Vorschlag gebrachten Kandidaten einen wählen könnte. So lösend dieses Anerbieten Klang, so wies es doch als Stimmführer der Katholiken der Earl of Granard zurück und die Sache fand überhaupt so wenig Anklang, daß der Antrag wieder zurückgezogen wurde. Was die übrigen wichtigeren Amendements anbelangt, so versuchte der Marquis of Clanricarde nochmals die gefürchteten Belastungen auf Pfarrwohnungen und Lindereien wieder in die Bill einzufügen und wies namentlich darauf hin, daß andernfalls das Ziel der Bill nach kirchlicher Gleichstellung vereitelt werde. Für diesen Plan waren die Ministeriellen, sowie die unabhängigen, zur Dotierung der verschiedenen Rulte hinhaltenden Whigs. Hierbei nahm der kathol. Earl of Denbigh Gelegenheit zu bemerken, die katholischen Bischöfe seien gegen das Projekt solcher Parallel-Dotierung. Bei der Abstimmung wurde das Amendement Clanricarde mit 91 gegen 56 Stimmen verworfen. Die Opposition bemächtigte sich hierauf eines von der Regierung

früher angebotenen Kompromisses, an Stelle der Privatschenkungen 500,000 Pf. St. als runde Abfindungssumme anzunehmen, obgleich Earl Granville erklärte, die Regierung erachte sich nicht mehr an diesen Vorschlag gebunden, seit die Konserativen sich außerdem die „Kirchenlindereien von Ulster“, Schenkungen der Königin Elisabeth und Jakob's I. im Werthe von 1,000,000 Pf. St. zugeeignet haben. Nachdem dieses Amendement ebenfalls ohne Abstimmung durchgegangen war, zeigte am Schlusse der Earl of Clanricarde an, daß er gelegentlich des Antrags auf dritte Lesung der Bill den Gegenantrag auf Verwerfung stellen werde. Schlus der Sitzung.

### Amerika.

\* Neu-York, 9. Juli. (Kabeltelegramm.) Der preussische Generalkonsul in Havana hat durch die deutschen Konsuln in den Ver. Staaten ein Rundschreiben veröffentlicht, in welchem er die Deutschen warnt, sich an den Flibustierexpeditionen nach Cuba zu betheiligen, und den Aufstand selber in Folge der Maßregeln der Ver. Staaten zur Erzwingung der Neutralitätsgesetze als beizuhaltend abnehmend schildert.

\* Neu-York, 10. Juli. Es geht das Gerücht, Präsident Grant habe, nachdem er die Ansichten des Ministeriums zu Rathe gezogen, beschlossen, daß die Wahlen in Texas und in Mississippi den 30. Novbr. stattfinden sollten. Mehrere Organe der demokratischen Partei erwarten, auf die Wahlen des Staates Virginia sich berufend, eine Reaktion zu Gunsten der Demokraten.

### Vermischte Nachrichten.

— Schwandorf, 9. Juli. (Münch. Kor.) Zu der demnächst stattfindenden Verhandlungen gegen das „Straubinger Tagbl.“ wegen Amtsehrenbeleidigung des Igl. I. Staatsanwalts am Bezirksgericht Regensburg Hrn. Kleiner sind jene Herren, an welche die bekannte Ansprache des Bischofs Senefrey gerichtet war, nämlich Notar Fauner, Bürgermeister Augustin, Stadtschreiber Sinter u. s. w., sämtlich aus Schwandorf, vor den Schwurgerichtshof zu Straubing als Auskunftszeugen geladen, so daß Aussicht gegeben ist, über den Inhalt der vielbesprochenen Rede endlich authentischen Aufschluß zu erhalten.

— Vom Niederrhein, 10. Juli. Das Bonner theologische Literaturblatt sagt über die an den Bischof von Trier gerichtete Katholiken-Adresse in Betreff des öumenischen Konzils: „Sie enthält nicht nur nichts, was gegen die katholische Wahrheit oder die kirchliche Ordnung irgendwie verstoße, sondern bringt auch, im ausgesprochenen Gegensatz zu dem bekannten Artikel der „Civiltä Cattolica“, in einer gemessenen, edlen und warmen Sprache solche Wünsche in Bezug auf das Konzil zum Ausdruck, welche von sehr vielen — nach den der Redaktion zugehenden brieflichen und mündlichen Mittheilungen von weitaus dem meisten — Katholiken Deutschlands, denen das Wohl der Kirche am Herzen liegt, und welche für die Bedürfnisse unserer Zeit ein Verständnis haben, getheilt werden: Regelung des Verhältnisses der Kirche zum Staat und zur modernen Gesellschaft überhaupt mit entschiedener Verzichtleistung auf die theokratischen Staatsformen des Mittelalters; Regelung des Verhältnisses von Klerus und Laien, Seelsorgern und Gemeinden; Förderung der wissenschaftlichen Bildung der angehenden Geistlichen mit Rücksicht auf die deutschen Verhältnisse; Befestigung des Inbegriffes in seiner jetzigen Gestalt. Bei der Eignung, mit welcher in Bezug auf das Konzil vielfach Privat- oder Partisanansichten ganz unbefugt als Ansichten aller guten Katholiken vorgetragen werden, ist es zu wünschen, daß in allen Theilen Deutschlands die Katholiken, welche berechtigt sind in kirchlichen Fragen ihr Wort abzugeben, mit der gleichen männlichen Entschiedenheit und maßvollen Klarheit, wie die Unterzeichner der Trierer Adresse, ihre Ueberzeugungen und Wünsche aussprechen.“

— Albert Methfessel, dem Sänger der Freiheitskriege, soll jetzt in Braunschweig, wo er seit 1831 als Hofkapellmeister wirkte, ein Denkmal gesetzt werden. Der Anstoß dazu geht von dem Vorstand der „Berliner Sängerschaft“ aus.

— Schwerin, 10. Juli. Bei der heutigen Generalversammlung der mecklenburgischen Eisenbahn waren 11,500 Aktien vertreten. Vierhundert Stimmen ergaben sich für die Regierungsvorlage; dieselbe ist also abgelehnt. Es ist noch auf Einigung Aussicht, wenn die Regierung binnen acht Wochen 4 Prozentige Staatsobligationen und 1/2 Prozent Amortisation acceptirt.

\* Berlin, 8. Juli. Heute sind es drei Jahre, daß hier die erste Volksküche eröffnet wurde. Die Zahl derselben ist nunmehr auf 11 gestiegen, und wirken dieselben in segensreicher Weise. Um Gründung und Erhaltung der Volksküchen hat sich namentlich Frau Nina Morgenstern sehr verdient gemacht, und ist dieselbe erst kürzlich dieses Verdienstes wegen von der Königin, welche an den Inuituten großes Interesse nimmt, ausgezeichnet worden.

— Berlin, 9. Juli. Im heutigen „Social-Demokrat“ proklamirt Hr. Fritz Rende mit einer der Größe des Moments angemessenen Würde Hr. J. B. v. Schweißer als Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. „Möge denn der Präsident“, so ruft Hr. Rende aus, „den ich heute proklamire, wie ich es von ihm erwarte, mit fester Hand die Fäden der Organisation führen und nie um kleiner momentaner Vortheile willen das herrschende Gezeig unseres Vereins misshandeln. Die Marat, der größte Revolutionär seiner Zeit, es so treffend bezeichnete: „Als Diktator mit der Kugel am Bein“ soll er den Verein leiten und diese Kugel soll sein: „Prinzip und Organisation“. Nachdem Hr. Rende so „gesprochen“ hat, erklärte der „Diktator mit der Kugel am Bein“: „Das allgemeine Stimmrecht, d. h. der Wille des souveränen Volkes unseres Vereins, hat mich zur Leitung berufen.“ Wer und wie viele zu diesem neuen „Schweizer-volk“ gehören, wird nicht angegeben, in dessen sagt sich dasselbe in weiterem Verlauf der Proklamation von der Republik los. „Die Republik“ so fährt der Diktator fort, „hat im Jahre 1848 zu Paris die Arbeiter niederhartet. Wenn Ihr durchaus von Republik reden wollt, Ihr Narren, so habt Ihr nicht die Republik schlechweg, sondern die rothe Republik zu fordern. Verstanden? Ihr seht, wir gehen „weiter“ wie Ihr. Aber wir sind keine Narren.“

— Berlin, 10. Juli. Ihre Maj. die Königin hat zur Errichtung eines Nationaldenkmals für A. v. Humboldt den Betrag von 300 Thlrn. bewilligt. Der Kronprinz und die Kronprinzessin haben zum gleichen Zweck 500 Thlr. gespendet.

— Nach den Mittheilungen der „Zk.“ aus den Ergebnissen der Einkünfte zur städtischen Einkommensteuer in Berlin sind zu



der höchsten Klasse (Einkommen von mehr als 240,000 Thlr. jährlich) zwei Personen, nämlich Stroußberg und Vorfis, eingeschätzt worden. Diesen am nächsten kommt Fabrikant Hedmann, Bankier Warschauer, Weinbändler Krause und Graf Schöffgötsch. Die „Pr. Morg.-Ztg.“ vergleicht damit die Einschätzung zu der Staats-Einkommensteuer aus dem Jahre 1866. Nach dieser waren in den alten Landestheilen Preußens mit einem Einkommen von mehr als 240,000 Thlr. überhaupt nur drei Personen, eine im Regierungsbezirk Münster und zwei im Regierungsbezirk Oppeln eingeschätzt. Eingeständene Millionäre gab es damals überhaupt höchstens 90 in Preußen. Es waren nämlich eingeschätzt mit einem jährlichen Einkommen zwischen 40- und 80,000 Thlr. 65, zwischen 80- und 160,000 Thlr. 19, darüber 6 Personen. Unter den 90 Millionären waren 36 Berliner.

— Wien, 10. Juli. Dieser Tage hat der Kurfürst von Hessen an die Fürsten und Regierungen Europas eine neue Schrift verfaßt, unter dem Titel: „Protest und rechtliche Verwahrung Sr. Königl. Hoheit des Kurfürsten Friedrich Wilhelm I. von Hessen gegen das am 15. Februar 1869 von der Königl. preussischen Regierung publizierte Gesetz über die Beschlagnahme des Vermögens des ehemaligen Kurfürsten von Hessen.“ Verfasser dieser Schrift, die auch im Buchhandel erschienen ist (K. J. Sator, Prag), ist Prof. Pernice.

— Linz, 8. Juli. Da Bischof Rudigier erklärt hatte, zu der Schwurgerichts-Verhandlung nicht zu erscheinen und auch keinen Verteidiger zu bestellen, wurde beauftragt, die Hof- und Gerichtsadvokat Dr. v. Kifling als ex-off. Vertreter des Bischofs bestellt. Der Bischof scheint zu fürchten, daß sein so ersehntes Martyrium doch eine etwas unbecommene Wendung nehmen könnte, und hat sich in Folge dessen mit dem Verteidiger in Verbindung gesetzt und denselben ersucht, ihn behufs Informationserteilung zu besuchen. Kifling dankte für die Einladung und bedauerte, eine Information nicht annehmen zu können, da er nicht von dem Angeklagten, sondern vom Gericht mit der Verteidigung betraut sei. Später hat er sich jedoch mit dem Bischof in Verbindung gesetzt.

— Gotthard-Bahn. Das Gotthard-Komitee hat nach dem „Movimento“ dem Genueser Gotthard-Komitee neue Projekte bezüglich der Zusatzlinien vorgelegt, indem es der Ansicht ist, daß durch Zulassung starker Steigungen auf gewissen Strecken an den Baukosten eine wesentliche Ersparnis erzielt werden könnte. Das Komitee in Genoa hat beschlossen, die Vorlagen durch eine Spezialkommission prüfen zu lassen.

— Paris, 10. Juli. Aus Konstantinopel wird unterm Geßtrigen gemeldet, daß die Unterhandlungen wegen einer 5prozentigen Anleihe zum Schluß geblieben seien. Die Emission würde zum Cours von 65 oder 70 erfolgen und die Anleihe mit 2 Proz. amortisiert werden.

— Bresl, 10. Juli. Heute Mittag befand sich der „Great Eastern“ in 43°23 Breite und 52°8 Länge. Die durchlaufene Entfernung war 2023 Meilen. Die Länge des ausgelegten Kabels betrug 2287 Meilen. Die Signale waren gut und die Isolierung vollständig. Das Wetter war schön und heiter. Hr. May meldet, daß der Austausch der Mittelungen auf die befriedigendste Weise vor sich geht.

— Bresl, 10. Juli. Alles geht auf Befriedigende von Statton. Der „Great Eastern“ wird nur noch 3 Tage brauchen. Es wird eine bedeutende Länge Kabel gepart werden.

— St. Petersburg, 4. Juli. (Rdn. Ztg.) Nach den bisher eingelaufenen Nachrichten steht wenigstens in einem Teile des Reiches, nämlich in den nördlichen und den westlichen Provinzen, eine günstige Ernte in Aussicht; aus dem sonst so kornreichen Süden hört man über Regenmangel, bedingende Dürre und das Erscheinen eines gefährlichen Kornwurms klagen. Da die beiden letzten Jahre außerordentlich ungünstig gewesen sind und die russische Landwirtschaft in Folge der Verwilderung und zunehmenden Wüsten des Bauernlandes überhaupt rückwärts gegangen ist, wird der diesmalige Ausfall der Ernte für viele Gegenden des Reiches geradezu eine Lebensfrage sein. Der Süden kann eine Misere übrigens am leichtesten ertragen, da er über seinen Bedarf produziert und die agrarischen Verhältnisse hier sehr viel geordneter sind, als im Norden.

— Christiania, 5. Juli. Die Legung des norwegisch-schwedischen Kabels ist vorgestern glücklich beendet worden. Konsul Hestve erhielt Abends 7 Uhr 20 Minuten das erste direkte Telegramm aus London. — Aus Drontheim wird geschrieben, daß zu Anden neue Steinkohlen- und Kupfererzschichten gefunden wurden.

— London, 7. Juli. (Volls-Ztg.) Mazzini ist nach England zurückgekehrt. Seine Gesundheit, eine Zeit lang tief geschwächt, ist in der Besserung begriffen, wie schon die Rückkehr aus der Schweiz beweist.

— London, 10. Juli. Der „Times“ zufolge haben die Kommissäre der Ausstellung von 1851 bei ihrem letzten Meeting den Beschluß gefaßt, in Kensington eine Reihe jährlicher internationaler Ausstellungen ausländischer Werke aus dem Gebiete der schönen Künste, der Industrie und wissenschaftlichen Erfindungen abzuhalten. Die erste Ausstellung ist auf das Jahr 1871 angesetzt und wird — was Werke der industriellen Kunst angeht — aus nur drei Abteilungen bestehen.

### Badische Chronik.

Karlsruhe, 12. Juli. Zu der auf den 16. d. nach Bern ausgeschriebenen Konferenz in Betreff der Fischerei im Rhein und dessen Nebenflüssen wird sich als Bevollmächtigter Geh. Rath Dr. Dieß begeben.

— Das kathol. Kirchenblatt Nr. 28 enthält einen Erlaß des Kapitelsvikariats an eine Versammlung von Geistlichen in Heibelsberg, welche gebeten hatten, daß die kathol. Kirchenbehörde bei der Regierung Schutz gegen die Beschimpfungen kathol. Geistlichen durch die Presse („schwarz angeführte Bauernwut“) verlangen möge. Es wird ihnen erwidert, daß bisher das Einschreiten der Regierung, resp. des Staatsanwalts vergebens angerufen worden sei. Dagegen wird den Geistlichen empfohlen, die Katholiken bei Wahlen zu unterstützen und sie auf ihre Pflicht bei vorkommender Gelegenheit stets aufmerksam zu machen, Vertreter ihrer kathol. Ueberzeugung zu wählen.

— Bruchsal, 11. Juli. Am 24. v. M. hielt die Geistlichkeit der vier Landkapitel Bruchsal, Philippsburg, St. Leon und Baißstadt hier eine Konferenz, worüber das „Freib. Kath. Kirchenblatt“ ausführlich berichtet.

Man beschäftigte sich hauptsächlich mit den in der „Bad. Landes-Ztg.“ veröffentlichten drei Schreiben mehrerer katholischer Priester an Hrn. Lindau in Heibelsberg. Eine ganze Reihe von Kapiteln hatte sich bereits in den kirchlichen Blättern die energichsten Einsprüche zu erheben, wobei in der Regel die vermeintliche Ueberzeugung parobirte, daß das Ganze eine bloße Fiktion sei; es sei gar nicht denkbar, daß diese Briefe von aktiven kathol. Geistlichen verfaßt und der „Bad. Landes-Ztg.“ zur Veröffentlichung zugesandt worden sein könnten. Daran schloß sich dann gewöhnlich der Ruf: „Heraus mit dem Namen, wenn es doch so wäre!“ Natürlich wird kein Unbefangener in diesen Ruf mit eingeklinkt und den müthigen Männern, die für ihre bessere Ueberzeugung öffentlich Zeugnis abgelegt, zugemutet haben, zur Unzeit mit ihren Namen hervorzutreten und sich dem Messer zu überliefern, denn dies und nicht etwa eine ungeschickliche, die Sache überflüssig machende Uebersetzung wäre die selbstverständliche Folge gewesen.

Die Bruchsaler Konferenz glaubte die Sache anders — wie sie augenscheinlich meinte — viel pfiffiger anfangen zu sollen. Hr. Pfarrer Oberle von hier hatte das Referat übernommen. Er bemerkte, anfänglich habe man die betr. Briefe als das „läugerische Nachwerk“, als eine „tendenzlose Erfindung“ der „Bad. Landes-Ztg.“ angesehen. „Jetzt nach Umflus weniger Wochen — fuhr Hr. Oberle fort — hat sich die Angelegenheit geklärt und es dürfte keinem Zweifel mehr unterliegen, daß es wirklich katholische Geistliche sind, welche sich des Mediums der „Bad. Landes-Ztg.“ in der der gegebenen Weise bedienen haben. Auf die Spur eines solchen Schrittes wird wohl auch ein Aktensück hinweisen, welches mir zur Mittelung an die Konferenz übermacht worden ist.“ Redner verliest dieses Aktensück — wozu der Bericht des „Freib. Kath. Kirchenbl.“ die Anmerkung macht: „Die Disposition verlangt es, daß dieses Aktensück noch nicht veröffentlicht wird —“ und fuhr dann weiter fort: „H. H. Ich brauche nichts mehr beizufügen, um Sie von dem traurigen Thatbestand zu überzeugen, daß die „Bad. Landes-Ztg.“ wirklich von mehreren Priestern bedient worden sein kann. Für mich besteht hiergegen kein Zweifel mehr. Bei solcher Sachlage erwächst für den badischen Klerus eine ernste und gewichtige Aufgabe, denn wir müssen mit dem schmerzlichsten Gefühl uns versehen: die Handreichung mehrerer katholischer Priester mit der extremsten kirchensindlichen Partei ist eine vollendete Thatsache, deren Umfang und Tragweite uns zur Stunde gleich unbekannt ist. Die Rundgebung der mehreren Priester ist kein bloßer persönlicher Konflikt mehr mit Lindau, sondern ein Protest und eine Anklage gegen die ganze katholische Bewegung und alle Jene, die sich für diese ausgesprochen und thätig ihr angegeschlossen haben. Ja man darf behaupten, die drei Schreiben sind nur ein Auszug eines aus der „Madlotischen“ Dffizin hervorgegangenen Flugblattes: „An die Katholiken“, worin gegen die lehrende Kirche i. e. die Geistlichen in den schwersten Vorwürfen vorgegangen wird und die lehrende Kirche i. e. die Laien als eine gedemüthete Masse dargestellt ist. Die offenen Schreiben und jenes Flugblatt haben daselbst Gepräge einer antikatholischen (Rein, antiultramontanen) Richtung. Was nun den Klerus anbelangt, so hat dieser nebst der Abwehr einer kirchensindlichen Partei entschieden Stellung zu nehmen gegen eine Priesterpartei, die zu den vorhandenen kirchlichen Wirren einen neuen Beitrag liefert. Uns klar auszusprechen ist die Hauptaufgabe der heutigen Konferenz.“

Und welches ist die Stellung, deren Beobachtung von Hrn. Oberle vorgeschlagen und von der Konferenz einstimmig gutgeheißen wurde? Sie ist ausgesprochen in Nr. 6 der gefaßten Konferenzbeschlüsse und lautet so originell, daß wir die betr. Stelle glauben wörtlich beifügen zu müssen. Sie lautet im Wesentlichen: „So groß das Argerniß ist, welches die „mehreren Priester“ durch ihr Verhalten bereits anrichtet, so gewaltig die ausgesprochene Kränkung lautet, in die auch wir hineingezogen sind, so sehr die Sprache der veröffentlichten Entschreibungen von Bitterkeit und Leidenschaft überströmt — wir bringen den „mehreren Priestern“ als unsern Amisbrüdern keine unverföhnliche Ermahnung entgegen und fordern sie eingedenk ihrer Priesterwürde auf, mit irgend Einem von uns, den sie ihres Vertrauens würdigen, sine ira, konfidentiel, und sei es auch anonym, sich ins Benehmen zu setzen, und sie sollen sich überzeugen, daß sie bei Jedem ein amtsbrüderliches Herz finden, bereit, den unseligen Zwist mit Ehren auszugleichen.“

Welcher Naivität doch diese Herren von der Erfolglosigkeit des Hrn. Pfarrers Oberle fähig sind! Ja wohl — das Sprichwort sagt: „mit Speck fängt man die Mäuse“; aber soch einen Speck riecht man doch selbst beim Schnupfen drei Stunden Wegs weit.

Karlsruhe, 9. Juli. (Sch. M.) Unsere elsässischen Nachbarn denken ernstlich an die Herstellung einer Verbindungs-bahn zwischen der Weissenburger Linie und der Rurghal-Bahn mit der Richtung über Seß und Ansbach in Raßstätt. Als Abgeordnete der betreffenden überreinhischen Gemeinden waren dieser Tage der Maire von Hatten und der Bezirksingenieur von Hagenau hier, um sich mit den Gemeindevorständen über den Anschluß zu besprechen. Die Hauptkosten würden selbstverständlich die Ueberbrückung des Rheins verursachen. Kommt der Bau zu Stande, so dürfte die Fortsetzung der Rurghal-Bahn bis Freudenstadt ebenfalls nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Baden, 8. Juli. (Frei. Z.) Gestern begannen die „Bouffes Parisiens“ den Cyclus ihrer Vorstellungen, und wir treten damit in die heiterste, lebenslustigste Periode der Kunstgenüsse unserer Saison ein. Es ist dies bereits die dritte Gruppe derselben, welche in dem kurzen Zeitraum von zwei Monaten hier unsern Gästen geboten wird. Die erste Gruppe bildeten die brillanten Aufführungen der Mitglieder der Pariser Italienischen Oper — fünf an der Zahl — im Monat Mai. Die zweite Gruppe bestand aus den ersten Kammerkonzerten im Monat Juni, drei Quartettsoirées von Jean Becker und Genossen und drei Soirées musicales der Administration, wovon die letzte am vergangenen Samstag stattgefunden hat. Die dritte Gruppe bilden nunmehr die so sehr beliebten „Bouffes Parisiens“, deren wenige Vorstellungen im vergangenen Herbst sich so großer Theilnahme zu erfreuen hatten, daß die Administration ihnen in dieser Saison einen weit größeren Spielraum und eine noch vortheilhaftere Stelle im Programm, inmitten der Sommerfaison, eingeräumt hat.

Kehl, 9. Juli. (B. L.) In unserer Gegend ist man in voller Ernte. Ergebnis zufriedenstellend hinsichtlich der Körner, das Stroh dagegen ist stellenweise kurz geblieben.

Konstanz, 10. Juli. Gestern fand in der Badischen Brauerei von Le Conge wieder ein Bürgerabend statt, der von einem zu merkwürdigen Zwischenfall begleitet war, als daß wir uns nur mit einer kurzen Notiz über denselben begnügen könnten.

Die Tagesordnung bestand in der Besprechung über die Neuwahlen zum bevorstehenden Sonntag. Hr. Ammon eröffnete die aus etwa 120 Personen bestehende Versammlung und beantragte, ein Komitee zu ernennen, welches für den Stadt- und Landbezirk die Wahlagitatorien mit geeigneten Mitteln betreiben sollte. Nachdem Hr. Prof. Fröhe zu diesem Vorschlag eine ergänzende Bemerkung gemacht, stand der erzbischöfliche Stiftungsverwalter Hr. Hug auf, derselbe, dem neuerdings der „Bad. Beob.“ Beibrauch gestreut hat und der in letzter Zeit allen Ernstes zu einer ultramontanen Größe emporzuwachsen sich bemüht. So hat sich derselbe jüngst auf mehreren Versammlungen der kathol. Volkspartei, die ohne öffentliche Ankündigung an verschiedenen Orten der Umgegend gehalten wurden, als Redner hervorgethan und mochte, von diesen Erfolgen nicht gemacht, auch gestern seine Spuren wieder verdienen wollen. Allerdings mußte es Jedem seltsam vorkommen, daß er in einer Versammlung aufzutreten wagte, in der er wohl kaum einen Gesinnungsgenossen vermuthen durfte. Aber man ließ ihm gern das Wort und als er noch zudem mit feierlichem Pathos die Anfrage stellte, ob er berechtigt sei zu reden, antwortete man mit allgemeiner Zustimmung. Nun begann er die alten Tiraden von der „unhaltbaren Lage“, von dem „bis ins Herz erkrankten Volk“ zu wiederholen, in deren Gebrauch er sich vor kurzem mehrfach geübt hatte. In dem Bekenntnis der Unhaltbarkeit unserer Zustände“, fuhr er fort, „waren alle Parteien einig, aber nur die Demokratie und die Ultramontanen sind ihm treu geblieben. Die „Offenburgerer“ hat die Fahne wieder verlassen, die sie Anfangs, in den Regemberversammlungen, hochhielt. Damals nahm sie eine ausgesprochene Stellung gegen das Ministerium ein, damals verfolgte Kiefer das allgemeine, direkte und geheime Wahlverfahren, damals führte die „Konf. Ztg.“ eine Sprache, die sogar das Lob unseres entschiedensten Blattes, des „Pfälzer Boten“ erntete. Und nun ist dieser Muth auf einmal vorüber! Am 23. Mai feierte man die Verhöhnung und derselbe Kiefer verteidigt die indirekte Wahl. Sind nun dies Männer, die das Vertrauen des Volkes verdienen? Darum wählen Sie meinethalben Demokraten, aber für Offenburger kann ich nicht plaidiren.“ — Diese Rede, mit der affektirten Wichtigkeit eines anmaßlichen Dilettanten gehalten, wurde trotz mancher verletzenden Laufflosigkeit und trotz der bisweilen hochkornigen Geberden beim Vortrag doch mit einer auffallenden Ruhe angehört. Nur einmal, als er den „scharfen Bissling, den kühnen Reden“ erwähnte, konnte man ein Zeichen nicht zurückhalten. Im Uebrigen hinterließ die Rede ein unbestimmtes Gemisch von Humeur und Entrüstung. — Hr. Fröhe beantragte, einfach zur Tagesordnung überzugehen, als jedoch Hr. Ammon aufstand und erklärte, er könne ein derartiges Ausreiten nicht so leicht hinübergehen. Nachdem Hr. Hug den Muth der liberalen Volkspartei angetastet habe, halte er sich für berechtigt und verpflichtet, den Muth des Hrn. Hug zu kennzeichnen, woraus man sich dann einen Begriff von dem „Muth“ der ganzen Partei machen könne. Derselbe habe ihn vor etwa 1 Jahr wegen einer Korrespondenz im „Höf. Erz.“ zur Rede gestellt und ihm dabei das Gesändniß gemacht, er sei zwar ultramontan, könne aber nicht aktiv auftreten, weil er auf Staatsanstellung hoffe. Nun trete er offen und aktiv als Ultramontaner auf und beweiße also, daß er den Staatsdienst aufgegeben und die erzbischöfliche Karriere angetreten habe! Ein hümmisches Bravo machte auf diese Worte dem Unwillen über das schändliche Benehmen des Hrn. Hug Luft, und hätte ihm wohl über die Stimmung der Anwesenden einen unabweisbaren Aufschluß geben können. Allein zu seinem Unglück ergriff er noch einmal das Wort, obwohl es ihm nur mit Mühe gelang, es zu behaupten. „Ich muß“, sagte er, „die Angabe des Hrn. Ammon bestätigen, allein Sie wissen, daß ich für Mutter und Geschwister zu sorgen habe, und ich versichere Sie auch, daß es mich schwere Seelenkämpfe gekostet hat, bis ich auf diesen Standpunkt getreten bin.“ — „Dann“, fiel Hr. Ammon ein, „haben Sie nicht das Recht, Andern Mangel an Muth vorzuwerfen, sondern dann geniet Ihnen vor Allem Bescheidenheit.“ — Jetzt war der Augenblick gekommen, wo ein längerer Weiben nicht mehr möglich war; vernichtet verließ der Unglückliche den Saal und hat das zweideutige Verdict, der kathol. Volkspartei eine neue empfindliche Niederlage bereitet zu haben. Was seine Person betrifft, so sieht man in ihr das Opfer desselben Größenwahns, der in allen diesen modernen Volksmännern von ihrer Partei künstlich erzeugt wird und nun auch diesen, sonst sowohl in persönlicher Beziehung, als in seiner Stellung als Rechnungsoberster als ehrenwerth und tüchtig bekannten Mann für ein gesundes Verständniß der öffentlichen Bestrebungen und für die einfachsten Fragen des Taktis und der Schicklichkeit völlig blind gemacht hat. — Nach seinem Weggang verließen die Verhandlungen ruhig und geordnet. Nachdem Stro-meyer noch einige Worte zur rechten Würdigung der liberalen und Offenburger Partei und ihres Verhältnisses zur Regierung gesprochen hatte, schritt man zur Wahl eines Komitees, bestehend aus den Hrn. Knoblauch, Stromeier, Ammon, Fröhe, Grether, und ertheilte demselben den Auftrag, die rechten Wahlmänner ausfindig zu machen und für die Theilnahme an der Wahl derselben in entsprechender Weise zu wirken.

— Im Windeisse (Landamt Konstanz) wurde am Donnerstag ein 80 Pfund schwerer Weis gefangen. Die glücklichen Besitzer beabsichtigen denselben sehen zu lassen.

O Karlsruhe, 12. Juli. In diesem Thiergarten soll am nächsten Mittwoch eine italienische Nacht stattfinden; der Lieberfranz wird dabei mitwirken; die Einnahme kommt einzig dem Thiergarten zu gut.

Frankfurt, 12. Juli. — Uhr — Min. Nachm. Deherr. Kreditaktien 272 1/2, Staatsbahn-Aktien 365, National —, Steuerfreie —, 1860r Loose 85 1/2, Deherr. Valuta —, 4 Proz. bad. Loose —, Amerikaner 87, Gold —.

### Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstation Karlsruhe.

10. Juli	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Himmelm.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	28° 4,0	+15,2	0,92	N.	gg. beb.	früh, warm
Morg. 2 „	28° 0,9	+20,3	0,58	„	h. beb.	Ensch., sehr warm
Nacht 9 „	28° 1,3	+16,1	0,63	„	klar	hell, warm
11. Juli						
Morg. 7 Uhr	28° 4,6	+13,5	0,73	N.N.O.	klar	Ensch., windig, kühl
Morg. 2 „	28° 1,1	+20,0	0,42	N.O.	w. bew.	Ensch., widig., warm
Nacht 9 „	28° 0,6	+15,0	0,77	N.O.	klar	warm

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Krosenlein.



B.301. Karlsruhe. Am 8. d. M., Abends 7/7 Uhr, starb unser lieber Gatte und Vater

**Joseph Klumpp,**  
Revisor bei Großh. Ministerium des Innern, plötzlich an den Folgen eines Herzschlags im Alter von 36 Jahren, wovon wir Freunde und Bekannte mit der Bitte um stille Theilnahme benachrichtigen.  
Karlsruhe, den 11. Juli 1869.  
Theresia Klumpp  
mit 5 unmündigen Kindern.

B.229. Donaueschingen. Am 9. d. M. starb meine theure Schwester Henriette von Wohllich, geb. von Theobald, im Alter von 72 Jahren an einem Hirnschlage.

Freunden und Bekannten widme ich hiermit diese Nachricht statt besonderer Todesanzeigen und bitte um stille Theilnahme an meinem großen Schmerze.

Donaueschingen, den 10. Juli 1869.  
Die trauernde Schwester:  
Anna Frey, geb. von Theobald.

B.227. Oppenau. Heute frühe 3 Uhr ist unser guter, unvergesslicher Gatte, Vater und Schwiegervater, Apotheker Ludwig Jungmanns dahier, nach kurzer Krankheit, versehen mit den heiligen Sterbsakramenten, im Alter von 81 Jahren sanft entschlafen.

Theilnehmenden Bekannten geben wir von diesem, für uns so schmerzvollen Verluste Nachricht mit der Bitte, dem Verstorbenen stets ein freundliches Andenken zu bewahren.  
Oppenau, den 10. Juli 1869.  
Die Hinterbliebenen.

B.303. Deschelbronn. Heute Nacht 1/12 Uhr entschlief nach kurzem Leiden im Glauben an ihren Erlöser Frau Pfarrere Geyer, geb. Seyer, im Alter von 63 Jahren; wovon wir tiefgebeugt Verwandten und Freunden hiermit Nachricht geben.  
Deschelbronn, den 10. Juli 1869.  
Die Hinterbliebenen.

**MEYERS REISEBUCHER FÜR 1869.**  
Schweiz — West-Deutschland — Thüringen — Harz — Riesengebirge — Paris — Südrheinland.  
Redaction Berlepsch. — Bibliographisches Institut in Hildburghausen. 504

B.154. In allen Buchhandlungen sind zu haben:  
**Die berühmten Vorträge** des Professor Quisson.  
Das freie Christenthum und die Kirche der Zukunft. 8 Sgr.  
Die biblische Geschichte in der Volksschule. 10 Sgr.

B.185. In allen Buchhandlungen vorrätig:  
**Wellen und Wogen,** Gedichte von August von Römmer. Leipzig bei H. Matthes. Mit Titel in Delfarbendruck und Prachtband 1 Rthlr.

Nach dem Urtheil der besten lebenden Dichter jedem Freunde der Poesie, besonders auch Frauen aufs beste zu empfehlen.

B.190. Karlsruhe.  
**Bekanntmachung.**

Das Ab- und Zuschreiben der Grund-, Häuser-, Gewer- und Klassensteuer für 1870 und die Festsetzung der Kapitalsteuer für 1869 findet vom 12. Juli bis 21. Juli d. J. auf dem Geschäftszimmer des Schatzungsrats statt.

Indem wir dies den hiesigen Einwohnern zur Kenntniss bringen, beziehen wir uns noch auf die besondere, in jedes Haus abgegebene Bekanntmachung mit der Bitte, dieselbe unter den Hausbewohnern gehörig circuliren zu lassen.  
Karlsruhe, den 9. Juli 1869.  
Das Bürgermeisterrath und der Schatzungsrat.

**Commisgesuch.** B.163. Für waarengeheuer wird ein angehender Commis gesucht und erhalten solche, die mit Kolonialwaaren bekannt, den Vorzug.

Offerte, nebst Bedingungen besorgt die Expedition dieser Zeitung.

**Stellegesuch.**  
B.228. Der Unterzeichnete sucht für einen registrierten Aktuariats-Ansprüchenden bei einem Großh. Bezirksamt oder Amtsgericht eine Defensistenstelle. Eintritt kann jederzeit erfolgen.  
Brehm, Rathschreiber zu Großschauen, Amt Weinheim.

**Anzeige.**

B.45. In eine Werkstätte der schweizerischen Schweiz, in der eine lukrative Branche der Uhrenfabrikation betrieben wird, sucht man als  
**Lehrling** H 1559  
einen starken und intelligenten Knaben von 16 à 18 Jahren zu engagieren. Derselbe hätte zu gleicher Zeit Gelegenheit, die französische Sprache zu erlernen. Günstige Bedingungen.  
Gef. Franco-Offerten sub T. Z. 475 befördern die H. Haasenstein & Vogler in Basel.

B.302. Karlsruhe.  
**K. K. priv. Kronprinz-Rudolf-Bahn.**  
Der Besitz von je drei dieser Aktien berechtigt zum Bezug einer neuen Aktie zum Cours von 162 fl. Oester. Währung, welches Bezugsrecht durch Deposition der Aktien längstens am 14. ds. Mts. bei mir geltend gemacht werden kann.  
**Veit L. Homburger.**

B.244. Karlsruhe.  
**Anzeige und Empfehlung.**  
Am 23. October 1868 habe ich mein Haus, Hirschstraße 23, an Herrn Wilhelm Haas verkauft. Von dieser Zeit an betreibt Herr Wilhelm Haas den Wirthschaftsbetrieb und was dazu gehört auf eigene Rechnung. Dankend für das mir geschenkte Zutrauen, bitte ich, auch dieses auf Herrn Wirth. Haas übertragen zu wollen.

**Wilhelm Pfefferle,**  
gewesener Wirthschaftsbetrieb.  
Unter Befähigung der Anzeige des Herrn Wilhelm Pfefferle empfehle ich hiermit bestens die von mir bisher betriebene Wirthschaftsbetriebe, und werde ich mit einer reellen Bedienung meiner verehrlichen Abnehmer stets angelegen sein lassen.  
Das Geschäft betreibt ich wie bisher auch ferner unter der Firma:  
**W. Pfefferle,**  
Hirschstraße 23.  
**Wilhelm Haas.**

**Original-Nähmaschinen**  
der Singer Manufactory Co. in New-York, für Gewerbe und Familien empfiehlt zu Fabrikpreisen unter Garantie  
Die Hauptagentur für das Großherzogthum Baden:  
**Aug. Ruh in Karlsruhe.**  
Um allen Verwechslungen mit den nachgemachten sogenannten:  
**Singer-Nähmaschinen** vorzubeugen, bitte ich, die nebenstehende, auf jeder echten Maschine befindliche Schutzmarke und deren Umschrift genau zu beachten. 734.

**Eine Buchdruckerei**  
mit Wochenblatt, Werbe- und Anzeigen-Verlag ist in einer Anstalt bei der Oberlandstrasse unter billigen Bedingungen zu verkaufen.  
Offerten bittet man unter P A an die Expedition dieses Blattes gelangen zu lassen. B.241.

964. **Knopflochmaschinen, Nähmaschinen**  
empfehlen billigst  
**L. Spies in Karlsruhe.**

B.240. Stanz.  
**Peremptorische Vorladung.**

Da Karl Niffi, Sohn des Karl und der Frau Clara Zimmermann in Niederlein am Gnettsbürgen, Gemeinde Büsch, Kantons Unterwalden N. d. Wald, geboren A. 1819, im Jahre 1849 untern Kanton verlassen hat, nach Mannheim, Großherzogthum Baden, ausgewandert und von dieser Zeit an von seinem Leben und Aufenthaltsorte keine zuverlässige Kunde mehr eingekommen ist; so wird derselbe

binen sechs Monaten, von heute an, vor diesem n. Rath zu erscheinen oder dieser Behörde auf andere Weise von seinem Leben und Aufenthaltsorte Kenntniss zu geben, gegenfalls über sein Vermögen nach hierseitigen Gesetzen verfahren wird.  
Stanz, den 5. Juli 1869.  
Für die Standeskanzlei Unterwalden N. d. Wald:  
A. Wagner, Richter.

B.230. Heidelheim.  
**Samen**  
zu allen Sorten Herbstfrüchten billigst bei  
**J. F. Swäyer.**

**Bürgerliche Rechtspflege.**

A.721. Nr. 5640. Bühl. Gegen die Verlassenschaft der Remigius Genter Wittwe, Maria Anna, geb. Klotz, von Bühl ist Gant erkannt und Tagfahrt zum Richtungs- und Vorzugsverfahren auf Freitag den 23. d. M., Vorm. 8 Uhr, anberaumt, und werden alle Gläubiger aufgefordert, ihre Ansprüche in dieser Tagfahrt bei Vermeidung des Ausschlusses von der Gant anzumelden.  
Bühl, den 9. Juli 1869.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Müller.

A.724. Nr. 6754. Waldbrunn. Gegen den Nachlass des Franz Josef Schenk von Hartheim haben wir Gant erkannt, und es wird nunmehr zum Richtungs- und Vorzugsverfahren Tagfahrt anberaumt auf  
Donnerstag den 22. Juli d. J.,  
Vorm. 9 Uhr.

Es werden alle diejenigen, welche aus immer für einem Grunde Ansprüche an die Gantmasse machen wollen, aufgefordert, solche in der angelegten Tagfahrt, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Gant, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich, anzumelden, und zugleich ihre etwaigen Vorzugs- oder Pfandrechte zu bezeichnen, sowie ihre Beweisurkunden vorzulegen oder den Beweis durch andere Beweismittel anzutreten.  
In derselben Tagfahrt wird ein Massepfleger und ein Gläubigerausschuss ernannt und ein Vorzugs- oder Nachlassvergleich verhandelt werden, und es werden in Bezug auf Vorzugsrechte und Ernennung des Massepflegers und Gläubigerausschusses die Richterscheidens-

den als der Mehrheit der Erschienenen beitretend angesehen werden.  
Die im Auslande wohnenden Gläubiger haben längstens bis zu jener Tagfahrt einen dahier wohnenden Bevollmächtigten für den Empfang aller Einbringungen zu bestellen, welche nach den Gesetzen der Partei selbst geschehen sollen, widrigenfalls alle weiteren Verfügungen und Erkenntnisse mit der gleichen Wirkung, wie wenn sie der Partei selbst eröffnet wären, nur an dem Sitzungsorte des Gerichts angeschlagen würden, bezw. denjenigen im Auslande wohnenden Gläubigern, deren Aufenthaltsort bekannt ist, durch die Post zugesendet würden.  
Waldbrunn, den 3. Juli 1869.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Leberle.

**Strafrechtspflege.**  
**Verurtheilungen und Forderungen.**

A.756. Nr. 6167. Billingen. Der unten beschriebene Leonhard Jud von Hintersingen ist sowohl eines Anfangs Juni d. J. im Hof Glatbach bei Böhrenbach verübten Diebstahls von Kleibern, Hemden, Stiefeln, eines Hitzhuts, als auch einer am 2. d. Mts. in Zimmendingen verübten Entwendung eines Paares Stiefel dringend verdächtig. Derselbe zieht an unbekanntem Orte herum.  
Wir bitten um Fahndung und gefällige Einlieferung des Leonhard Jud im Betreffungsfall.  
S i g n a l e m e n t

Alter, 44 Jahre, mittlere Größe, schwarze Haare, vollkommenes Gesicht.  
Billingen, den 10. Juli 1869.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Günther.

A.745. Nr. 18333. Karlsruhe. Im Laufe des letzten Winters wurde aus einem Hause an der Ettlinger Gasse ein alter, wertvoller Schmuck, bestehend in 1 Collier, 1 Broche und 2 Ohrringen aus Gold Perlen und Smaragen, entwendet. Wir bitten um Fahndung.  
Karlsruhe, den 8. Juli 1869.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Schmied.

A.723. Sect. III. d. J. Nr. 5731 n. 6025. Karlsruhe. Der Dragoner vom (1.) Leib-Drägerregiment Wilhelm Heinrich Dams von Sandhausen, Amts Heideberg, und die Fälscher vom 6. Linien-Infanterieregiment Josef Hermann Keller von Wornsdorf, Amts Heideberg, deren Aufenthaltsort nicht ermittelt werden kann, werden aufgefordert, sich innerhalb drei Monaten

zu stellen, unter dem Bedrohen, daß sie im Falle ihres unentschuldigenden Ausbleibens der Desertion für schuldig erkannt und in die geistliche Gefängnisse verfallt werden würden.  
Zugleich wird deren Vermögen mit Beschlagnahme belegt.  
Karlsruhe, den 10. Juli 1869.  
Großh. bad. Divisions-Gericht.  
Der  
Divisions-Commandeur: Divisions-Auditeur:  
J. B. v. Sponek, Rehm.  
Generalmajor.

**Verweisungsbefehl.**  
A.712. Nr. 1766. Mannheim. J. H. S. gegen Valentin Ludwig von Mannheim, 3. St. fähig, wegen Fälschung von Perlenurkunden.  
Nach Ansicht der §§ 26 und 30 der Gerichtsverfassung und der Beilage II, Ziff. 44 hierzu und der §§ 205 Ziff. 5 und 207 der S. P. Ord. wird erkannt:

Falschewitz Valentin Ludwig von Mannheim, 3. J. auf fähigem Fuße, sei unter der Anschuldbildung:  
1) daß er zum Zwecke der Verübung eines Betrugs in gewinnlichster Absicht die nachstehend verzeichneten falschen Bescheide, nämlich:  
a) einen Bescheid d. d. Mannheim, den 16. Juli 1868, im Betrage von 265 fl.  
mit der Adresse: „Herrn Heinrich Kehler in Mannheim“, und mit den Worten am Rande: „angenommen H. Kehler“;

b) einen solchen vom 24. September 1868 für mit derselben Adresse und denselben Worten am Rande;  
c) einen solchen d. d. Mannheim, den 21. Februar 1868, im Betrage von 216 fl.  
mit der Adresse: „Anton Würth, Baumeister in Mannheim“, und den Worten am Rande: „angenommen A. Würth“;

d) einen solchen am 22. September 1868 für mit der gleichen Adresse und den nämlichen Worten am Rande;  
e) einen solchen vom 21. Februar 1868, im Betrage von 123 fl.  
mit der Adresse: „Karl Schwind, Baumeister hier“, und den Worten am Rande: „angenommen K. Schwind“;

f) einen solchen vom 2. Juni 1868 für mit der Adresse: „G. Dieringer, Maurer in Mannheim“, und am Rande die Worte: „angenommen G. Dieringer“;

g) einen solchen d. d. Mannheim, den 12. October 1868, im Betrage von 350 fl.  
mit der Adresse: „Gustav Ludwig in Mannheim“, und den Worten am Rande: „angenommen G. Ludwig“;

h) endlich einen solchen im Betrage von 187 fl.  
d. d. Mannheim, den 20. März 1868, ausgestellt von M. Neubauer auf die Ordre des „Herrn Val. Ludwig“ mit der Unterschrift „M. Neubauer“.

Zusammen 2075 fl.  
in der Weise fertigte, daß er die sub a — g aufgeführten Bescheide für seine Ordre auf die in ihnen genannten Personen zog und auf denselben jeweils am Rande unter das Wort: „angenommen“ die Unterschrift dieser Personen als Acceptanten, und auf den eigenen Bescheid sub h die Unterschrift des Ausstellers

fälschlich befehle;  
daß er ferner von diesen also gefälschten Urkunden als von echten zum vorgezeigten Zwecke dadurch Gebrauch machte, daß er als Remittent der bezeichneten Bescheide dieselben an die auf deren Rückseite als erste Inhabentare eingeschriebenen Personen im Wege des Giro übertrug;

2) unter der Anschuldbildung, daß er zum Zwecke der Verübung eines Betrugs in gewinnlichster Absicht zwei weitere Bescheide, nämlich:  
a) einen solchen für 251 fl.  
d. d. Mannheim, den 1. August 1868, abreffirt an „Andreas Müller in Mannheim“ und an dem Rande mit den Worten versehen: „angenommen A. Müller“;

b) einen solchen im Betrage von 316 fl.  
d. d. Mannheim, den 13. September 1868, abreffirt an „G. Rauchbar in Mannheim“ und am Rande mit den Worten: „angenommen G. Rauchbar“ versehen.

Zusammen 567 fl.  
in der Weise fertigte, daß er dieselben auf die Namen fingirt, in Wahrheit nicht existirender Personen zog, deren angelegliches Accept beziehe, und von diesen so gefälschten Urkunden dadurch Gebrauch machte, daß er dieselben — und zwar den sub a) bezeichneten an Lazarus Altheimer dahier, und den sub b) genannten an Salomon Hirschler dahier durch Indossament übertrug.

damit aber auf Grund der §§ 430, 423, 443, 479 des S. P. O. wegen in vorgerichter That verübter Fälschung von Perlenurkunden aus Gewinnsucht, im Gesamtbetrage von 2642 fl., in Anklagestand zu versetzen und zur Aburtheilung vor das Schwurgericht des Großh. Kreis- und Hofgerichts Mannheim zu verurtheilen.  
Dies wird dem fälligen Angeklagten hiermit bekannt gemacht.  
Mannheim, den 28. Juni 1869.  
Großh. bad. Kreis- und Hofgericht, Raths- und Anklagekammer, I. Abtheilung.  
Geyer.

**Bermischte Bekanntmachungen.**  
B.223. Nr. 12943. Karlsruhe.  
**Die Bezeichnung der Dienerstelle bei der Großh. Turnlehrer-Bildungsanstalt betr.**

Bei der neu errichteten Großh. Turnlehrer-Bildungsanstalt dahier ist die Stelle eines Dieners mit einem jährlichen Dienstlohn von 350 fl. nebst freier Wohnung zu besetzen.  
Als Bewerber werden nur die in § 6 der landesherrlichen Verordnung vom 30. Mai 1868 — Regierungsblatt von 1868 Nr. XXXIX. — bezeichneten Personen zugelassen.  
Die Bewerbungen sind innerhalb 14 Tagen bei der unterzeichneten Stelle einzureichen.  
Karlsruhe, den 5. Juli 1869.  
Großh. Oberstaatsrath.  
Rena.

B.300. Nr. 1817. Baden.  
**Aufgefundenes Geld.**

Vor einiger Zeit wurden in einem Eisenbahnwagen 10 fl. Papiergeld gefunden.  
Dieselben werden von unterzeichneter Stelle dem rechtmäßigen Eigentümer auf genügende Veritimation hin ausgeliefert werden.  
Baden, den 11. Juli 1869.  
Großh. Post- und Eisenbahnamt.  
Glady.

B.226. Mannheim.  
**Pferde-Versteigerung.**

Mittwoch den 14. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, werden vor den hiesigen Schloßhallungen (Schneidhof) 13 außerordentliche Dienstpferde gegen Baarzahlung öffentlich versteigert.  
Mannheim, den 10. Juli 1869.  
Großh. (1.) Leib-Drägerregiment.

B.221. Nr. 415. Oberweiler. (Solgoversteigerung.) Samstag den 17. Juli werden in dem Domänenwaldbezirk I. Simey, Abth. 3, 4, 5, 6, 7, 13 Raupstoss, Spähnpflanz, Föhlenweide, Föhlenberger- und Kühlenbrunner Hang und Weidenwald, mit Vorfrist bis 1. November d. J. versteigert: 46 jannere Säge- und Bauholzkämme und 79 Stangen, 153 Klasten buchedes und tannenes Scheit- und Prägholz und 13 950 Stck buchene und tannene Wellen.  
Zusammenkunft Vormittags 9 Uhr auf der Sternw. Oberweiler, den 5. Juli 1869.  
Großh. Bezirksforstrei Mannheim.  
Köhler.

B.204. Bei Großh. Bezirksamt Waldbrunn ist längstens nach 3 Monaten eine Auktionsstelle zu besetzen. Gehalt 500 fl. nebst beträchtlichem Nebenlohn. Bewerber wollen sich unter Anschlag der Zeugnisse baldigst melden.  
B.135. Stühlingen. Eine bei der Großh. Obergemeinde A. H. ererbte zweite Gehilfenstelle, mit welcher ein Jahresgehalt von 500 fl. verbunden ist, wird andernorts nochmals unter dem Bemerken zur Vererbung aufgeschrieben, daß der Dienstvertrag vom 15. August d. J. an erfolgen kann, längstens aber bis 1. September d. J. befristet werden soll.

Zustitzende, im Amtskasse-Rechnungswesen bewanderte Kameralassistenten oder Kammergeschiffen wollen sich unter Vorlage der Zeugnisse über ihre bisherige Beschäftigung baldigst an die obenbenannte Stelle wenden.  
Stühlingen, den 4. Juli 1869.  
Köhler.

B.235. Nr. 2367. Buchen. Bei der Obergemeinde Buchen ist auf 1. October d. J. die II. Gehilfenstelle zu besetzen. Gehalt 400 fl. jährlich, der auch nach Umständen auf 500 fl. erhöht werden kann.  
Buchen, den 11. Juli 1869.  
B.108. Mannheim.  
**Wirth-Gesuch.**

Zum Betrieb der Offiziers-Speiseanstalt des Großh. (1.) Leib-Drägerregiments in Mannheim wird bis zum 15. September d. J. ein tüchtiger Wirth gesucht. Die Vertragsbedingungen können täglich bei der Regiments-Adjutantur eingesehen werden.  
(Mit einer Beilage.)